

Polizei vermutet fremdenfeindlichen Anschlag Geplante Flüchtlingsunterkunft in Bad Bevensen brennt

js Bad Bevensen. Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Supermarkt Intermarché in Bad Bevensen: Nach den derzeitigen Ermittlungen der Polizei waren die Täter in der Nacht zu gestern gewaltsam in den Gebäudekomplex eingestiegen.

Der Landkreis Uelzen hatte die Immobilie erworben und wollte dort ab kommenden Jahr bis zu 200 Flüchtlinge unterbringen. Erste Umbau- und Renovierungsmaßnahmen liefen bereits.

Die Täter legten gestern Nacht ein Feuer, das sich bis in den Dachstuhl ausbreitete. Parallel drehten sie die Wasserhähne auf und verstopften die Abflüsse. Es entstanden mehrere tausend Euro Schaden, so die Polizei.

Sie hält aufgrund der Gesamtumstände ein ausländer- beziehungsweise flüchtlingsfeindliches Motiv für nicht unwahrscheinlich. Der Staatsschutz ist in die Ermittlungen eingeschaltet. Ein Passant bemerkte zufällig gegen 8.15 Uhr die Rauchentwicklung und alarmierte die Bevenser Feuerwehr. Ob größerer Schaden an der Statik der Dachkonstruktion des alten Supermarktes entstanden ist, muss in den kommenden Tagen ein Sachverständiger klären, so die Polizei.

Mit dem Umbau zur Flüchtlingsunterkunft wollte der Landkreis Uelzen auch erreichen, dass die beiden Turnhallen der Pestalozzischule und des Lessing-Gymnasiums in Uelzen wieder für den Schulsport zu Verfügung stehen. In den beiden Hallen sind derzeit rund 170 Menschen untergebracht.

Hinweise insbesondere auch zu verdächtigen Beobachtungen im angrenzenden Gewerbegebiet Kurze Bülden nimmt die Polizei Uelzen unter (0581) 9300 entgegen.

Allgemeine Zeitung Uelzen, 14.12.15

Staatsschutz ermittelt nach Brandanschlag

Nach dem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Bad Bevensen (Landkreis Uelzen) ermitteln die Behörden wegen eines möglichen politischen Hintergrunds. Der für Straftaten in diesem Bereich zuständige Staatsschutz habe die Arbeit aufgenommen, sagte Polizeisprecher Kai Richter am Montag. Außerdem sei eine eigene Ermittlungsgruppe eingerichtet worden.

Anschlag als Folge von Zeitungsbericht?

"Ein ausländer- oder flüchtlingsfeindliches Motiv ist nicht unwahrscheinlich", so Richter. Grund für diese Annahmen seien die "Gesamtumstände". Am Freitag habe eine regionale Tageszeitung über die Flüchtlingsthematik im Landkreis Uelzen berichtet und das betreffende Gebäude als geplante Flüchtlingsunterkunft benannt. Vor Abschluss der Ermittlungen könnten aber auch Vandalismus oder ein technischer Defekt nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Letzteres soll durch Experten vom Landeskriminalamt überprüft werden.

Als Unterkunft für 170 Flüchtlinge gedacht

Unbekannte hatten am Sonntag in dem ehemaligen Supermarkt ein Feuer gelegt, die Wasserhähne aufgedreht und die Abflüsse verstopft. Die Feuerwehr konnte den Schwelbrand im Dachstuhl löschen. Ein Sachverständiger soll nun klären, inwieweit die Dachkonstruktion beschädigt wurde. Der Landkreis Uelzen hatte das Gebäude ab Anfang kommenden Jahres für rund 170 Flüchtlinge nutzen wollen, die derzeit in zwei Turnhallen von Uelzener Schulen untergebracht sind. Für diesen Zweck wurde das Gebäude umgebaut.

Breiter Aufruf zu Demonstration gegen Rechtsextremismus

Als Reaktion auf den Vorfall hat die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen zu einer Demonstration gegen Rechtsextremismus am 19. Dezember in Bad Bevensen aufgerufen. Der Anschlag sei kein Zufall, sondern die Folge aktueller rassistischer Stimmungsmache, sagte ein Sprecher der Gruppe. Mit der Demonstration solle den Brandstiftern und den rassistischen Verhältnissen entschlossen entgegengetreten und Solidarität mit den Flüchtlingen bekundet werden. Bad Bevensens Bürgermeister Martin Feller (Grüne) forderte die Bürger zu einer Teilnahme an der Veranstaltung auf. "Dort wollen wir ein deutliches Zeichen setzen", sagte Feller NDR 1 Niedersachsen. "Viele Menschen sind entsetzt und verärgert, dass hier so etwas passieren konnte." Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Organisationen unterstützen die Demonstration.

www.ndr.de, 14.12.15

Staatsschutz ermittelt nach Brand in Flüchtlingsunterkunft

Bad Bevensen - Nach der Brandstiftung in einer geplanten Unterkunft für Flüchtlinge in Bad Bevensen ermitteln die Behörden wegen eines möglichen politischen Hintergrundes.

„Ein ausländer- oder flüchtlingsfeindliches Motiv ist nicht unwahrscheinlich“, sagte Polizeisprecher Kai Richter am Montag in Lüneburg. Der für Straftaten mit politischem Hintergrund zuständige Staatsschutz habe die Arbeit aufgenommen, eine eigene Ermittlungsgruppe sei eingerichtet worden. Vor Abschluss der Ermittlungen sei aber auch Vandalismus nicht ganz auszuschließen.

Unbekannte hatten am Sonntag in dem früheren Supermarkt ein Feuer gelegt, die Wasserhähne aufgedreht und die Abflüsse verstopft. Die Feuerwehr konnte den Schwelbrand im Dachstuhl löschen. Ein Sachverständiger muss nun klären, ob die Dachkonstruktion nachhaltig geschädigt ist. Der Landkreis Uelzen hatte das Gebäude ab Anfang kommenden Jahres für rund 170 Flüchtlinge nutzen wollen, die derzeit in zwei Turnhallen von Uelzener Schulen untergebracht sind.

Bad Bevensens Bürgermeister Martin Feller (Grüne) rief am Montag dazu auf, an einer für den 19. Dezember geplanten Demonstration der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen gegen Rassismus teilzunehmen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Organisationen unterstützen die Demonstration.

www.kreiszeitung.de, 14.12.15